

GOÄ:

Urologen: Ärztetag ebnet den Weg in Bürgerversicherung

Köln, Mai 2016. Kritik und Aufschreie gab es nach dem Scheitern der GoÄ-Verhandlungen vor dem Deutschen Ärztetag zur Genüge. Doch was hat es gebracht? Für die niedergelassenen Urologen des Netzwerks Uro-GmbH Nordrhein nicht viel. Viele der offenen Fragen wurden auch beim Ärztetag nicht beantwortet. Lediglich ein laues Eingeständnis von Präsident Montgomery, dass man die Dimension und die Komplexität des Prozesses der Reform unterschätzt habe, sei den Delegierten mitgeteilt worden. Persönliche Verantwortung wurde aber von Präsident Montgomery nicht übernommen.

„Zumindest der neue Chefverhandler Reinhardt habe den richtigen Weg aufgezeigt“, schätzt der ärztlichen Geschäftsführers der Uro-GmbH Dr. Michael Stephan-Odenthal die Lage ein. „Er hat auf dem aktuellen Ärztetag formuliert, dass zunächst ein Ärzte-eigener Vorschlag zur GOÄ mit den Fachverbänden erarbeitet werden sollte.“ Dabei sollten betriebswirtschaftliche Kalkulationen die Grundlage der Bewertungen sein. Diese für Stephan-Odenthal logische und richtige Strategie würde jedoch von Montgomery konterkariert. Seine Verkündung, dass eine Steigerung der GOÄ um 5,8% realistisch ist, sei von den PKV-Verhandlern vorgeschlagen worden. „Mit dieser Taktik wird das Morbiditätsrisiko wiederum nur auf die Behandler verlagert, während die Versicherer sich schadlos halten“, unterstreicht Stephan-Odenthal. Insgesamt deuten die Beschlüsse seiner Meinung nach auf eine Zusammenführung der Gebührenordnungssysteme, um so den Weg für eine Bürgerversicherung frei zu machen. Dabei käme es ganz klar zu einer Anpassung der GOÄ in Richtung des aktuellen EBM mit allen Nachteilen für die selbstständigen Ärzte. „In der Zusammenschau der gesamten Entwicklung der GOÄ-Reform

Pressekontakt

komm | public! - Romy Robst - Ahornallee 7a - 31303 Ramlingen/Burgdorf
robst@komm-public.de - fon: 05085-98 171-02 – fax: 05085-98 171-01

Direktkontakt

Uro GmbH Nordrhein - Sabine Kapla - Hohenstaufenring 48-54 - 50674 Köln
kapla@frielingsdorf.de - fon: 0221-13 98 36-55 - fax: 0221-13 98 36-65

kann man eigentlich zu keinem anderen Schluss kommen, dass genau dies von Politik, PKV und offensichtlich Teilen der BÄK so geplant wurde“, meint der Urologe. Montgomery habe seiner Meinung nach längst nach alter Gewerkschaftsmanier eine grundsätzliche Einigung mit PKV und Politik auf eine Steigerung um 5,8% ausgehandelt. Reinhardt müsse jetzt mit seinen Vorschlägen lediglich neuen Aktionismus verbreiten. Die angekündigten Reformschritte seien daher nach Meinung der Urologen lediglich ein Marionettentheater. Am Ende würden alle Bewertungen unter dem Vorbehalt einer 5,8%-Steigerung stehen. Es wird vor allem zu Verschiebungen innerhalb der Fachbereiche und zwischen ambulant und stationär kommen. Diese würden dann von den großen Lobbygruppen gesteuert. „Hier werden vor allem die Deutsche Krankenhausgesellschaft zusammen mit den ‚industrialisierten‘ Medizinfächern Labor, Radiologie und Pathologie das Rennen machen, da diese bereits jetzt schon eng kooperieren“, erklärt Stephan-Odenthal. „Die kleineren Fächer und die Versorgungsärzte im ambulanten Sektor werden das Nachsehen haben.“ Wenn Versorger im ambulanten Bereich keine Existenzgrundlage mehr haben, würden seiner Einschätzung nach vor allem Patienten die Leidtragenden sein.

Vom Berufsverband der Urologen fordert er, dass die Verantwortlichen alles daran setzen, die Bewertung der ambulanten Leistungen in der Urologie hoch zu halten. Insbesondere dort wo hohe und kostspielige Auflagen an die Voraussetzung zur Erbringung der Leistung geknüpft sind, sei dies zwingend. Auch müsse vermieden werden, dass es unterschiedliche Bewertungen für inhaltlich gleiche oder ähnliche Leistung der sprechenden Medizin in den einzelnen Fachbereichen gibt.

www.uro-gmbh.de